

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

65 (9.12.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTSBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennzeichenweis / Anzeigen- und Redaktionsabsluß Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4430
Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lehr / Keine Erstattungspr. bei Störungen durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 65 / 1. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 9. DEZEMBER 1947

PREIS 20 PFENNIG

Letzter Fink

Berlin. Am Samstag und Sonntag wurde in Berlin der „Volkskongress“ durchgeführt, der von 3000 Delegierten, darunter 600 aus den Westzonen, besucht war. Der Londoner Außenministerkonferenz wurde eine Resolution übersandt, in der die Reichseinheit, die Schaffung einer vom Volk für ganz Deutschland gewählten Regierung, sowie ein gerechter Frieden gefordert wird.

Paris. Zwischen dem Arbeitsministerium und den Gewerkschaften fanden erneut Verhandlungen statt. Man erwartet zu Mittwoch die endgültige Beilegung aller Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris. Der bei einem Dienstag tödlich verunglückte General Leclerc wurde am Montag mit allen militärischen Ehren beerdigt. Zahlreiche Diplomaten wohnten den Trauerfeierlichkeiten bei.

Den Haag. In Holland finden erneut Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung statt.

Athen. Griechenland hat die Aufhebung des Streikrechts beschlossen.

Zwischen FREITAG und MONTAG

Deutschland: Der Leiter des Informationsdienstes der amerikanischen Militärregierung, Oberst Textor, protestierte bei der sowjetischen Militärregierung gegen die in der russischen Zone von der deutschen Polizei durchgeführte Beschlagnahmung von mehr als 20 000 Exemplaren der deutschen Fassung der von Marshall vor seiner Abreise nach London in Chicago gehaltenen Rede.

Oesterreich: Der Ministerrat hat den 10. Dezember als den Tag des Inkrafttretens der Währungsreform bestimmt. Der Banknoten- und ungarischen Sozialdemokraten zusammen geschlossen sind, verloren Stimmen zugunsten des rechten Flügels der Sozialdemokraten, während die größere Wahlbeteiligung den bürgerlichen Parteien zugute kam.

England: Wie verlautet, werden Prinzessin Elisabeth und Herzog von Edinburgh im kommenden Frühjahr Kanada, die USA und Australien bereisen.

Das Unterhaus hat einen konservativen Antrag auf Verzögerung der Verstaatlichung der Stahlwerke mit 271 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Vereinigte Staaten: Staatssekretär Lovett hat bekanntgegeben, daß die Übergangshilfe für Europa unterbunden werde, sobald einer der begünstigten Staaten unter kommunistischen Einfluß gerät.

Marshall spricht am 12. Dezember

London. Am Freitag, dem 12. Dezember, beabsichtigt Marshall bei einem Diner im Hotel „Dorchester“, an dem er als Ehrengast der englisch-amerikanischen Gesellschaft „PILGRIM SOCIETY“ teilnehmen wird, die einzige öffentliche Rede während seines Londoner Aufenthalts zu halten.

Arbeitsschutzgesetz gebilligt

Paris. Der Rat der französischen Republik hat den Gesetzesentwurf zur Verteidigung der Freiheit der Arbeit mit 217 gegen 82 Stimmen gebilligt.

Marshall zur deutschen Frage

London. Marshall sprach vor dem Rat der Vier und erklärte u. a., daß er vorschläge, die allgemeinen Punkte beiseite zu lassen, um zu erfahren, was jede Delegation wirklich von der Regelung der deutschen Frage denkt.

Das Potsdamer Abkommen sah die Einrichtung von deutschen Zentral-Agenturen vor, die die wirtschaftliche Einheit Deutschlands sicherstellen sollten. Die Schaffung dieser Agenturen wäre, wohlverstanden, eine erste Etappe auf dem Wege zur Bildung einer deutschen Zentralregierung. In Moskau haben die vier Delegationen formell zugestimmt, daß jede Entscheidung über die politische Organisation Deutschlands der Aufrichtung der wirtschaftlichen Einheit dieses Landes untergeordnet werden soll.

Nun ist diese wirtschaftliche Einheit nicht verwirklicht worden. Die Zentralagenturen wurden nicht geschaffen, und die Zonengrenzen sind starrer als je.

Irgendeine deutsche Regierung, die den Auftrag hätte, ein durch die Politik der Besatzungsmächte derart zerspaltenes Land zu verwalten, wäre ein Witz und eine Utopie.

Es ist unnütz, über die Schaffung einer deutschen Zentralregierung zu diskutieren solange die Alliierten nicht entschlossen sind, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, daß diese Regierung überhaupt arbeiten kann.

Wir sind für die Einsetzung einer provisorischen deutschen Regierung“, fuhr Marshall fort, „aber wir sind der Ansicht, daß es für die Sicherheit der alliierten Nationen gefährlich und zugleich ein grausamer Betrug gegenüber den Deutschen selbst wäre, be-

Noch keine positiven Beschlüsse

Eine bedeutsame Rede Marshalls — Bevin gegen Propagandareden

London. Die vier Außenminister hatten die Frage der Zusammensetzung der Friedenskonferenz den Stellvertretern zur Beratung zurückgegeben. Anschließend hatte Molotow vorgeschlagen, jede der vier Regierungen solle einen Entwurf für den Friedensvertrag fertigen und diese Projekte dem Rat der Minister in zwei Monaten zur Beratung vorlegen. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Delegationen mit großem Erstaunen aufgenommen, da er einer Forderung auf Vertagung der gegenwärtigen Konferenz gleichkommt und abgelehnt.

Keine Einigung über Oesterreich

Die nächste Sitzung war der Erörterung der österreichischen Frage und vor allem dem Problem der deutschen Guthaben in Oesterreich gewidmet. Der sowjetische Minister erklärte, er sei nicht gewillt, eine vollständige Liste der sowjetischen Forderungen vorzulegen. Die Sitzung wurde dann auf eine intransigente Weise beendet. Molotow lehnte nämlich den französischen Vorschlag ab, der eine Abfindungssumme für sämtliche Guthaben mit Ausnahme der Erdölanlagen und der Donaudampfschiffahrt vorsah. Trotz des wiederholten Ersuchens von Bevin, lehnte er es weiter ab, Gegenvorschläge zu machen und zeigte sich lediglich damit einverstanden, eine zehnprozentige Herabsetzung dessen, was die Sowjetunion als ihr Eigentum ansieht, in Betracht zu ziehen.

Die 10. Sitzung der Außenminister

Die Sitzung am Freitag war ausschließlich der Diskussion über die „wirtschaftlichen

Grundsätze“ der Regelung der deutschen Frage gewidmet. Sie begann mit den Erklärungen Marshalls und Bidaults, über die wir gesondert berichten. Bevin erklärte, daß er zu den Vorschlägen von Moskau nichts hinzufügen habe. Molotow antwortete mit einer langen Rede, in der er darauf hinwies, daß die Ansicht des USA-Außenministers von der des USA-Handelsministers stark abweiche.

Der Vorwurf Molotows

Weiter versuchte Molotow den Fehlschlag der Bizonenpolitik aufzuzeigen, indem er feststellte, daß die Bizone bisher nur 35 Prozent des Industrienniveaus erreicht habe, die Ostzone hingegen ein Niveau von 52 Prozent des Vorkriegsstandes. Marshall antwortete mit der Anfrage, ob Molotow seine Reparationsforderung von 10 Milliarden voll aufrecht erhalte, und wie das deutsche Volk diese bezahlen solle. Marshall wies darauf hin, daß der Export aus der Bizone sich auf 45 Millionen Tonnen pro Monat beläuft, was einer Steigerung von 400 Prozent gleichkomme.

Der einzige „Freund“ der Deutschen

Bevin antwortete, daß die Reden offenbar nur einen Sinn hätten: das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß es nur einen einzigen Freund habe, nämlich die Sowjetunion. „Wir“, so rief Bevin am Schluß aus, „machen nicht dem deutschen Volk den Hof, sondern wir wollen Potsdam anwenden. Bei dem Wiederaufbau Deutschlands habe man Potsdam nicht anwenden können, weil die Russen dagegen waren.“

Bidault über die wirtschaftlichen Grundsätze

London. Der französische Außenminister Bidault gab in der Außenministerkonferenz eine Erklärung über die französischen Ansichten bezüglich der wirtschaftlichen Grundsätze einer Friedensregelung für Deutschland ab. Hierbei führte er wörtlich aus:

1. Frankreich widersetzt sich weder dem Wiederaufbau einer deutschen Wirtschaft noch der Festsetzung eines normalen Lebensstandards der deutschen Bevölkerung. Es fordert lediglich, daß die in Deutschland vorhandenen Hilfsquellen in keinem Fall zur Vorbereitung einer neuen Aggression verwendet werden und andererseits, daß der Wiederaufbau Deutschlands nicht den Vorrang vor demjenigen der alliierten Länder erhält. Damit diese Sicherheitsforderungen befriedigt werden, soll vor allem das Ruhrgebiet einem Sonderregime unterstellt werden. Die Zahl der verbotenen oder eingeschränkten Industrien kann auf ein Minimum beschränkt werden, angesichts der Tatsache, daß der Wiederaufbau Deutschlands als ein Teil des allgemeinen Wiederaufbaus Europas betrachtet wird.

2. Deutschland muß natürlich seinen Beitrag an Reparationen zum Wiederaufbau der

Ruinen leisten, die es verursacht hat. Unserer Auffassung nach ist die Forderung auf Reparationen gleichbedeutend mit der Forderung nach Sicherheit.

3. Sobald als möglich muß Deutschland aufhören, eine Belastung für die Besatzungsmächte zu sein, und es muß auf Grund seiner eigenen Hilfsmittel seinen Import bezahlen können. Die französische Regierung lehnt es nicht ab, Gesamtdeutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln, allerdings ohne der Festsetzung des Status für Ruhrgebiet und Rheinland vorzugreifen, wobei es selbstverständlich ist, daß das Saargebiet wirtschaftlich und währungsmäßig Frankreich angeschlossen wird. Diese fundamentalen Grundsätze bilden die Basis unserer Einstellung, die sich seit der Moskauer Konferenz nicht geändert hat. Im Verlauf der sieben letzten Monate hat sich jedoch die Lage verändert und unter Berücksichtigung dieser neuen Elemente möchte ich die beiden wichtigsten Probleme, das des deutschen Wirtschaftspotentials und das der Reparationen, erneut behandeln.

„In Moskau“, so fuhr Bidault fort, „legte die französische Delegation einen ganz besonderen Wert auf folgende grundsätzliche Punkte:

Kohle: Wir haben bewiesen, daß Deutschland verpflichtet werden muß, einen bestimmten Anteil seiner Kohlenproduktion in die alliierten Länder zu exportieren. Diese Verpflichtung, daß Deutschland einen Teil seiner Kohlenproduktion exportieren muß, war für Frankreich die Grundbedingung für eine Friedensregelung.

Stahl: Es ist offensichtlich unmöglich, das wirtschaftliche Potential Deutschlands festzusetzen, ohne daß wir zu einer Verständigung in der Frage seiner Stahlproduktion kommen. In Moskau und später sind verschiedene Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht worden. Alle bewegten sich zwischen 10 und 12 Millionen Tonnen jährlich. Ich hatte mir meinerseits die Stellungnahme der französischen Regierung vorbehalten. Heute bin ich in der Lage zu erklären, daß wir so fern die in Aussicht genommenen Abkommen über Kohle und Koks verwirklicht werden und dem Wiederaufbau Deutschlands kein Vorrang vor dem der alliierten Länder Europas gegeben wird, sogar bereit wären, als dauernde Begrenzung eine Zahl anzunehmen, die nahe bei den Ziffern läge, die für die Stahlproduktion Deutschlands vorgeschlagen worden sind.“

Bidault kam dann auf die „anderen Begrenzungen“ zu sprechen und erklärte: „Die britische Delegation hat vorgeschlagen, daß die Liste der verbotenen Industrien revidiert wird. Wir sind mit diesem Vorschlag unter der Bedingung einverstanden, daß die Revision eine wirksamere Kontrolle der gefährlichsten Industrien zum Ziele hat, und in der Annahme, daß man deren Zahl auf ein Minimum reduzieren könnte.“

Politische Säuberung:

Der Weg ins Freie

Von Rechtsanwalt Friedrich Vortisch, M. d. L.

Mit schwerer Sorge hat jeder Deutsche, der an der Idee der Demokratie und der Menschenrechte hängt, die Entwicklung verfolgt, die die politische Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus mittels Verwaltungsmaßnahmen seitens der im Laufe der Entwicklung damit befaßten verschiedenartigen Ämtern genommen hat. Vorweg genommen sei: Diese Säuberung ist eine Maßnahme, die dem deutschen Volk bitter not tut, um der gerechten Bestrafung aller derer willen, die sich gegen das Wohl unseres Volkes und ihrer Mitmenschen in der Nazizeit vergangen haben! Diese Bestrafung obliegt vorwiegend der Strafjustiz. In erster Linie aber kommt es darauf an, dem Wiedererstarken jener totalitären Anschauungen auf politischem Gebiet in unserem Volk, die leider Macht über viele Menschen erlangt haben und auch heute noch ausüben, vorzubeugen.

Aber das erste Stadium dieser Säuberung war gekennzeichnet durch zwei allgemeine Erscheinungen unserer Zeit. Die erste ist der Fragebogen und die hinter ihm stehende Ueberzeugung und Ueberheblichkeit, daß der Mensch fähig sei, alle Erscheinungen des menschlichen Lebens mittels der statistischen Methode zu erkennen und zu beurteilen. Die Säuberung mittels der statistischen Methode erhielt dann aber ein ebenso gründliches wie verheerendes Korrektiv in dem von den Nationalsozialisten zwölf Jahre lang sorgfältig hochgezuchteten Denunzianten, um, das sich nun vorwiegend — aber durchaus nicht etwa ausschließlich — gegen seine Väter richtete. Das Ergebnis dieser Säuberung ist nur zu bekannt! In das zweite Stadium trat die politische Säuberung durch die allenthalben erlassenen Landesgesetze über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. Diese Gesetze brachten als Fortschritt die grundsätzliche Abkehr von der Maßgeblichkeit der statistischen Feststellungen über die Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden, Innehabung bestimmter Funktionen und Beförderung, bzw. Uebernahmefunktionen; sie ermöglichten die Würdigung des tatsächlichen Mafes an Schuld beim einzelnen Betroffenen. Aber nun zeigt es sich, daß eine sehr große Anzahl Betroffene — bei uns in Südbaden waren es vor zwei Monaten schon mehr als 60 000 — die Nachprüfung der gegen sie verhängten Sühnemaßnahmen verlangen, weil sie sie als ungerecht empfanden. Das bedeutete eine nur in Jahren gewissenhaft zu erledigende Arbeit für die Säuberungsinstanzen. Auf eine endgültige Entscheidung über die Befreiung oder auch über die Verhängung von Sühnemaßnahmen dort, wo eine Prüfung überhaupt noch nicht stattgefunden hatte, konnte deshalb in vielen Fällen erst nach Jahren gerechnet werden. Daher war vorzuzusehen, daß viele wirklich Schuldige der gerechten Sühne auf Jahre hinaus entzogen würden, daß daraus unerschuldigt Gemafregelte auf Jahre hinaus die Folge dieser Maßregelung zu tragen hätten. Deshalb erging immer stärker der Ruf nach einer Amnestierung der sogenannten „formal“ Belasteten, d. h. derjenigen, die der Partei und ihren Gliederungen zwar beigetreten waren, ohne aber aktiv für sie tätig gewesen zu sein und ohne aus ihrer Zugehörigkeit persönliche Vorteile gezogen zu haben. Eine solche Amnestie war schon in der Präambel zum südbadischen Säuberungsgesetz in Aussicht gestellt. Das Verlangen nach ihr bildete auf Antrag der Demokratischen Fraktion Gegenstand der Verhandlungen des Landtags in seiner Sitzung vom 18. 9. 1947. Dabei zeigte es sich, daß eine solche Amnestie heute dem Wunsch aller politischen Parteien entspricht. Je länger desto mehr hatte sich die Auffassung Bahn gebrochen, daß aus dem eingetretenen Chaos in der Entnazifizierung nur noch durch eine weitgehende Amnestierung herauszukommen sei.

Diesen Wunsch erfüllt nun die Ordonnanz Nr. 133 der französischen Militärregierung in weitgehender Weise. Die Verordnung stellt in Artikel 3 alle einfachen nominellen Mitglieder der NSDAP und der ihr angeschlossenen Verbände, die in diesen weder einen Titel noch ein Amt inne hatten, von allen Sühnemaßnahmen frei. Sie findet nach Absatz 2 des Artikels keine Anwendung auf die Mitglieder der durch das Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten Organisationen oder auf irgendeine Person, die entsprechend der Direktive Nr. 38 zur Gruppe der Hauptschuldigen oder der Belasteten gehört.

Die Direktive Nr. 38 des Kontrollrats ist selbstverständlich nicht veröffentlicht im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt, sie ist aber auch nicht veröffentlicht im französischen Journal Officiel, sondern in rechtsverbindlicher Form für die französische Zone nur veröffentlicht in dem in Berlin erscheinenden

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Sie ist, wie in der Direktive 51 des Kontrollrats ausdrücklich festgestellt ist, kein Gesetz.

Unter Ziffer 5 dieser Direktive ist ausdrücklich aufgeführt: „Direktiven sind nicht bindend für die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, sondern nur für diejenigen Personen, an die sie gerichtet sind.“

Für Erhaltung der Menschenrechte

Washington. Für die vom 1. bis 19. Dezember in Genf tagende Kommission der Menschenrechte der Vereinten Nationen hat das amerikanische Staatsdepartement den Entwurf einer Erklärung der Menschenrechte ausgearbeitet, welcher soeben in Washington veröffentlicht wurde.

die Möglichkeit, an seine Regierung und an die Vereinten Nationen Gesuche zu richten. Artikel III: Niemand kann einer unerbundenen Einmischung in sein Privatleben, seine Familienangelegenheiten, sein Heim, seine Korrespondenz oder seinen persönlichen Ruf unterworfen werden.

walts. Niemand kann für ein Verbrechen verurteilt oder bestraft werden, außer aufgrund eines öffentlichen Urteils, welches auf einem im Augenblick der Tat in Kraft befindlichen Gesetz beruht.

hatten, daß diese Organisationen für die Ausführung von solchen Verbrechen benutzt wurden. Bei der SS sind ferner von dieser Personengruppe ausgenommen diejenigen, die vom Staat auf solche Art in die Reihe der SS eingestellt wurden, daß ihnen keine andere Wahl blieb und die keine solchen Verbrechen begingen.

Die Möglichkeit der freien Ortsveränderung innerhalb der Grenzen des Staates, der Auswanderung und der Asylsuche fern von jeder Verfolgung wird gewährleistet. Artikel V: Niemand darf in Sklaverei oder unfreiwilliger Knechtschaft gehalten werden.

Taunung der Arbeitsminister. Baden-Baden. Die Arbeitsminister der drei Länder der französischen Zone sind in Baden-Baden zu einer Besprechung zusammengekommen.

„Zu den wichtigsten dieser Prinzipien gehört, daß strafrechtliche Schuld eine persönliche ist, und daß Massenbestrafungen zu vermeiden sind...“

Bei der Amnestie nun fragen, ob von der Amnestie nun tatsächlich alle diejenigen, die formell einer der verbrecherischen Organisationen angehört haben, ausgenommen sein sollen, oder ob nur diejenigen ausgenommen sein sollen, die zu den Gruppen der materiell Schuldigen gehören.

Neue LDP-Zeitung in Berlin. Berlin. Eine neue LDP-Zeitung als Organ des Landesverbandes Berlin mit Karl Hubert Schwennicke, dem Vorsitzenden der Berlin-LDP als Lizenzträger, wird voraussichtlich ab Januar 1948 in Berlin erscheinen.

Die in der Ordonnaanz 133 weiter angezogene Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Nürnberger Urteils scheint allerdings auf die formale Zugehörigkeit zu solchen Organisationen, nämlich zum Corps der politischen Leiter, zur Gestapo, zum SD und zur SS abzuheben.

Arabischer Volkskongreß in Kairo. Kairo. In der großen Moschee von Azhar wurde ein arabischer Volkskongreß eröffnet, an dem über 12.000 Personen teilnahmen.

R. A. STEMMLE: Der Mann der Sherlock Holmes war Merkur-Verlag, Düsseldorf

31. Fortsetzung. Hinter ihnen stand plötzlich ein älterer Herr, der sie mit drohender Bewegung seines Revolvers veranlaßte, die Hände hochzunehmen.

Kaum hatte sich die Tür hinter den unerbetenen Besuchern geschlossen, waren Morris und Mackie zum Schreibtisch gerast, um ihn von der Wand abzurücken. Flynn öffnete die Schublade und nahm Pläne und Geldscheine heraus.

Dr. Balderin überlegte eine Weile, dann zog er die Brieftasche und überreichte dem Diener einen Geldschein. „Hier haben Sie einsteilenden hundert Francs von mir“, sagte er.

Mary wandle den Kopf nach dem Nebenbett. Sie vermochte dort das Gesicht mit dem blonden Haar nur undeutlich zu erkennen. Aus ihrer Stimme merkte man, daß sie lächelte, als sie auf die Frage der Schwester einging.

